

## Beschluss Ausbildung für die Zukunft: Faire Ausbildungschancen und moderne berufliche Schulen

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen  
Beschlussdatum: 25.09.2022  
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Wir erleben eine Zeitenwende, auf die es auch in unserer Bildungs- und  
2 Arbeitsmarktpolitik mit zusätzlichen Maßnahmen zu reagieren gilt. Der wachsende  
3 Fachkräftemangel sowie die zurückgehenden Ausbildungszahlen sind  
4 besorgniserregende Entwicklungen, die sich über die letzten Jahre um ein  
5 Vielfaches verschärft haben. Dem möchten wir unter anderem durch die Stärkung  
6 eines flächendeckenden Ausbildungssystems im Land und durch gut ausgestattete,  
7 moderne berufliche Schulen entgegenwirken.

8 Die duale Ausbildung als dauerhaftes Erfolgsmodell im Land verankern

9 Seit Jahren sinkt der Anteil der Ausbildungsbetriebe. Nur noch knapp 20% der  
10 Betriebe in Baden-Württemberg bilden aus. Gleichzeitig sinkt auch die Zahl der  
11 Ausbildungsbewerber\*innen, die sich bei der Bundesagentur für Arbeit melden.  
12 Aufgrund dieser Entwicklungen sieht inzwischen jedes dritte Unternehmen in BW im  
13 Fachkräftemangel ein akutes Geschäftsrisiko. Wir möchten unser weltweit  
14 einzigartiges und hoch angesehenes Ausbildungssystem stärken. So tragen wir zu  
15 einer positiven Entwicklung bei der Zahl der Fachkräfte bei und sorgen für  
16 zukunftsfeste Planungen für Betriebe und Ausbildungsinteressierte sowie  
17 Auszubildende zugleich.

18 Auch aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Zusammenhalts brauchen wir  
19 dringend gut ausgebildete Fachkräfte in großer Zahl, um den großen  
20 Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Wir brauchen gut ausgebildete  
21 Handwerker\*innen, um die Klimakrise über die Umsetzung der Photovoltaik Pflicht  
22 oder auch die Gebäudesanierung in den Griff zu bekommen. Wir brauchen gut  
23 ausgebildete Pflegekräfte, die Zeit und Kraft haben, sich um hilfsbedürftige  
24 Menschen zu kümmern. Wir brauchen gut ausgebildete Erzieher\*innen, um jedem Kind  
25 faire Startchancen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

26 Wir setzen uns für ein landesweites Übergangsmangement von der Schule in die  
27 Arbeitswelt ein, welches berufliche Orientierung als Teil des Curriculums in  
28 allen Schularten verankert und Sorge dafür trägt, dass alle Lehrkräfte mit  
29 möglichst allen Ausbildungsberufen vertraut gemacht werden. Denn nur so können  
30 sie ihre Schüler\*innen dabei unterstützen, ihre Stärken in berufliche  
31 Kompetenzen umzusetzen. Dazu gilt es auch, die Weiterbildung zur Ausbilderin  
32 beziehungsweise zum Ausbilder zu stärken. Dadurch können wieder mehr Lehren  
33 angeboten werden. Auch den Schüler\*innen sollten mehr praktische Erfahrungen in  
34 den Betrieben ermöglicht werden. Die Zusammenarbeit zwischen allen Schularten,  
35 Betrieben, Kammern und der Agentur für Arbeit stärken wir weiter und gehen dabei  
36 über einzelne Maßnahmen für Schüler\*innen hinaus, hin zu einem kohärenten  
37 Gesamtpaket für Schüler\*innen, Eltern und Schulen.

38 Zum Oktober 2021 blieben über 10.000 Ausbildungsplätze in BW unbesetzt, obwohl  
39 mehr als 11.000 Bewerber\*innen unversorgt blieben. Das zeigt: Es gibt ein  
40 Passungsproblem auf dem aktuellen Ausbildungsmarkt, das sich zwar durch die  
41 Coronapandemie verschärft hat, aber schon mehrere Jahre zuvor erkennbar war.

42 Tausende von jungen Menschen befinden sich also entweder im Übergangssystem  
43 zwischen Schule und Beruf, ohne in einen Berufsabschluss zu münden, oder sind  
44 sogar nicht mehr aufzufinden. Mehr als 15% der 25-35-Jährigen haben keinen  
45 Berufsabschluss.

46 Wir haben im grün-schwarzen Koalitionsvertrag deshalb eine Ausbildungsgarantie  
47 vereinbart und möchten diese schnellstmöglich im Land umsetzen. Hierzu gilt: Es  
48 ist erst eine Garantie, wenn junge Menschen eine direkte Perspektive auf einen  
49 Berufsabschluss haben und nicht noch länger im Übergangssystem festhängen. Wir  
50 prüfen, ähnlich wie es Bremen schon geprüft hat, rechtliche Möglichkeiten, um  
51 eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg einzuführen.  
52 Dadurch verteilen wir die Ausbildungskosten gerecht auf viele Schultern und  
53 geben Betrieben einen Anreiz auszubilden.

54 Für diejenigen, die dennoch keinen einzelnen Ausbildungsbetrieb finden,  
55 unterstützen wir den Ausbau von Verbundausbildungen. Die überbetriebliche  
56 Ausbildung ist dringend notwendig, damit auch die Menschen, die mehr  
57 Unterstützung brauchen, eine Ausbildung absolvieren können. Gezielte  
58 überbetriebliche Maßnahmen, die sicher zu einem Berufsabschluss führen, stärken  
59 wir deshalb als Ergänzung im Rahmen der Ausbildungsgarantie. Dazu gehört auch  
60 die Stärkung der assistierten Ausbildung, die einen erfolgreichen Abschluss der  
61 Ausbildung durch bedarfsgerechte und individuelle Unterstützung ermöglicht.

62 Wir bauen die Möglichkeiten der Teilzeitausbildung in BW aus, indem wir das  
63 Netzwerk Teilzeitausbildung auf weitere Bereiche, die über die sozialen Berufe  
64 hinausreichen, erweitern und mit entsprechenden Mitteln ausstatten. Ziel ist  
65 nicht, Menschen in die Teilzeitfalle zu führen. Sondern Ziel muss sein,  
66 Teilzeitangebote für diejenigen zu schaffen, denen aufgrund familiärer oder  
67 anderer Verpflichtungen keine Vollzeitausbildung möglich ist.

68 Es gilt den eingewanderten oder geflohenen Menschen, die sich selbst für eine  
69 Berufsausbildung als Perspektive und Integration entscheiden, durch  
70 Aufenthaltssicherung und Chancen ein sicheres Bleiberecht zu garantieren. Die  
71 Verbindung einer Ausbildung oder ausbildungsvorbereitenden Maßnahme mit dem  
72 Erlernen der deutschen Sprache soll hierzu auch gestärkt werden, beispielsweise  
73 über vermehrte Sprachangebote durch die Bundesagentur für Arbeit. Dies stärkt  
74 auch die Betriebe, da sie dadurch verlässlich Personal einplanen können.

75 Als Ergänzung zu den kürzlich erhöhten BAföG-Mitteln setzen wir uns auf  
76 Bundesebene auch für eine inflationsgerechte Erhöhung der  
77 Mindestausbildungsvergütung ein, die über die 2020 vereinbarte jährliche  
78 Erhöhung hinausgeht. Es gilt, die Ausbildung allen zu ermöglichen.

79 Berufliche Schulen fit für die Zukunft machen

80 Wir führen regelmäßige Ist-Stand-Abfragen und Evaluierungen in den beruflichen  
81 Schulen ein, mit dem Ziel, die Modernisierung der Ausstattung für alle  
82 beruflichen Schulbereiche, in denen die Ausstattung sich stets weiterentwickelt,  
83 voranzutreiben. Beispielsweise im Handwerk und in der Elektronik sind eine  
84 moderne Werkstättenausstattung zentral für das Lehren und Lernen aktueller  
85 Berufsanforderungen. Um die berufliche Ausbildung allen zu ermöglichen, setzen  
86 wir uns für den Ausbau von Übernachtungsmöglichkeiten bei überregionalen  
87 Berufsschulen sowie der ÖPNV-Anbindungen ein.

88 Als Teil der Sanierungsarbeiten an Schulgebäuden nehmen wir auch die  
89 Barrierefreiheit beruflicher Schulen verstärkt in den Blick.

90 Um als Lehrkraft auf die sich wandelnde Arbeitswelt reagieren zu können, sind  
91 regelmäßige Fortbildungen und der starke Austausch mit Betrieben und  
92 Gewerkschaften notwendig. Deswegen wollen wir diesen Austausch stärken und nach  
93 dem Prinzip "Lebenslanges lernen" regelmäßige Fortbildungen in relevanten,  
94 zukunftsgerichteten Bereichen wie z. B. Digitalisierung, Ressourceneffizienz,  
95 Stärkung unserer Demokratie einführen. Dabei ist es wichtig, die Anforderungen  
96 an Lehrkräfte in beruflichen Schulen regelmäßig neu zu betrachten und eventuelle  
97 Anpassungen der Weiterbildungsmöglichkeiten zu identifizieren.

98 Wir streben an, die Faktoren Mensch, Klima, Biodiversität und globale  
99 Gerechtigkeit in die Lehr- und Bildungspläne für berufliche Schulen so  
100 einzuarbeiten, dass die Auszubildenden nach der Ausbildung wissen, wie  
101 nachhaltig und zukunftsfähig gewirtschaftet werden kann. Dabei schaffen  
102 Auszubildende zusätzlich den Wissenstransfer in bestehende Unternehmen. Damit  
103 Auszubildende für ihre Rechte als Arbeitnehmer\*innen eintreten können, wollen  
104 wir auch die Auseinandersetzung mit Gewerkschaften als  
105 Arbeitnehmer\*innenvertretung stärker in die Bildungspläne einfließen lassen.

106 Im Leitfaden Demokratiebildung des Landes Baden-Württemberg heißt es, junge  
107 Menschen sollten zur Demokratie "angestiftet" werden. Gerade durch die  
108 einzigartige Struktur von beruflichen Schulen sehen wir die große Chance, hier  
109 Demokratie zu erleben, anstatt zu lernen. Dafür gilt es, einige Hürden zur  
110 Teilhabe noch stärker abzubauen.

111 Durch das Wechseln zwischen Schule und Ausbildungsort wird zum Beispiel eine  
112 reguläre Arbeitszeit der gewählten Schülervertreter\*innen strukturell erschwert.  
113 Hier braucht es zusätzliche Urlaubs- bzw. Schultage, um Austausche und Termine  
114 besser wahrnehmen zu können. Des Weiteren untersuchen wir die Möglichkeit sowie  
115 Vor- und Nachteile einer Aufwandsentschädigung oder eines kleinen Honorars für  
116 Schülervertreter\*innen.

117 Um Teilhabemöglichkeiten darüber hinaus allen Schüler\*innen zugänglich zu  
118 machen, sprechen wir uns für zusätzliche, verpflichtende Tage der politischen  
119 Bildung aus. Dort sollten u. a. auch parlamentarische Demokratie, die Rolle von  
120 alternativen Wirtschaftsmodellen, wie beispielsweise Genossenschaften, klar  
121 erlebt werden können.

122 In den letzten Jahren haben wir Inklusionsmaßnahmen an den Schulen ausgebaut.  
123 Die regionalen Arbeitsstellen Kooperation (ASKO), die an allen staatlichen  
124 Schulämtern mit jeweils einer Vertretung für die beruflichen Schulen besetzt  
125 sind, bilden hierfür die interne Beratungsgrundlage.

126 Viele Ressourcen sind allerdings zu oft nicht bekannt. Wir unterstützen das  
127 Anliegen, eine zentrale Anlaufstelle, beispielsweise als barrierefreie Website,  
128 mit allen relevanten Informationen rund um Inklusion an beruflichen Schulen  
129 aufzustellen. Damit machen wir beispielsweise Autismusbeauftragte als Ressource  
130 bekannter und zugänglicher. Im Rahmen der Stärkung des sonderpädagogischen  
131 Dienstes an baden-württembergischen Schulen erkennen wir den Bedarf an, diesen  
132 auch an beruflichen Schulen auszuweiten.

133 Für bessere Inklusion braucht es an allen beruflichen Schulen Strukturen gegen  
134 Ableismus, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus sowie weitere Formen von

- 135 Diskriminierung, die sich sowohl an betroffene Schüler\*innen als auch an  
136 Lehrkräfte wenden.